NACHRICHTEN AG

22. August 2024

Gemeinsam gegen den Rhein-Main-Link: Kommunen im Kreis Gießen wehren sich

Acht Kommunen im Kreis Gießen wehren sich gegen die Amprion-Trasse des Rhein-Main-Links und fordern Alternativen.

In einer bemerkenswerten Initiative haben sich acht Kommunen aus dem Landkreis Gießen und der Wetterau zusammengetan, um gegen den geplanten Verlauf des Rhein-Main-Links vorzugehen. Dieser 600 Kilometer lange Gleichstrom-Transportkabel soll ab 2028 von der Netze Betreiberin Amprion aus Köln verlegt werden. Der Widerstand der betroffenen Gemeinden wächst, da die geplante Erdverlegung in einer Tiefe von 1,80 Metern die Landschaft erheblich verändern wird.

Das Treffen der kommunalen Vertreter in Buseck verdeutlichte die Sorgen der örtlichen Bevölkerung. Bei dieser Versammlung äußerten Bürgermeister wie Michael Ranft aus Buseck und Peter Gefeller aus Staufenberg, dass es nicht um den Widerstand gegen erneuerbare Energien gehe, sondern um die Trassenführung selbst. ڎWir müssen zusammen an einem Tisch sitzen, um die Probleme zu diskutierenڌ, betonte Ranft. Diese Aussage zeigt die Entschlossenheit der Gemeinden, sich Gehör zu verschaffen.

Widerstand und Bürgerinitiativen

Die wachsende Unruhe in der Bevölkerung hat zu zahlreichen Bürgerinitiativen geführt. So berichtete Pohlheims Bürgermeister Andreas Ruck von einem neuen Zusammenschluss in seiner Stadt, der sich aktiv für eine alternative Trassenführung einsetzt. Die Bürger sind besonders besorgt über die möglichen negativen Auswirkungen der Erdverlegung auf die landwirtschaftlichen Flächen und die Umwelt generell.

Die Sorgen werden durch die technischen Details der geplanten Trasse verstärkt. Bereits jetzt gibt es Bedenken, dass die Abwärme der Leitungen zu einer Überbeanspruchung wertvoller landwirtschaftlicher Böden führen könnte, was auf lange Sicht deren Fruchtbarkeit gefährden könnte. Auch die Sorge um die Trinkwasserversorgung drängt sich auf, da die Trasse durch wichtige Wasserschutzzonen verlaufen soll. Bürgermeister Jan Erik Dort aus Lollar brachte Experten mit, die darauf hinwiesen, dass durch die Erdarbeiten Wasserqualität und -verfügbarkeit beeinträchtigt werden könnten.

Die kommunalen Vertreter haben ihre Bedenken nicht nur geäußert, sondern auch Schritte unternommen, um ihre Position zu stärken. So wurde in einer Kreistagssitzung vor der Sommerpause beschlossen, dass der Kreisausschuss unter Landrätin Anita Schneider (SPD) mögliche Planungsalternativen zu den bisherigen Vorschlägen von Amprion ausloten soll. Ein Vorschlag, der dabei besondere Erwähnung fand, ist die Freileitung, die nicht nur umweltfreundlicher, sondern auch kosteneffizienter sein könnte.

Der Weg zur Lösung

Das Treffen kam genau zur richtigen Zeit. Am 30. August wird die Bundesnetzagentur eine Antragskonferenz im Bürgerhaus Buseck abhalten, zu der auch die betroffenen Kommunen eingeladen sind. Die Teilnehmer erwarten, dass der Widerstand gegen die Trassenführung möglicherweise zu intensiven Diskussionen führen wird. Fernwalds Bürgermeister Manuel Rosenke äußerte Bedenken über die ausreichende Größe der Besprechungsräume, da man mit einer hohen Teilnehmerzahl rechnet.

Während die Vertreter der betroffenen Gemeinden ihre

Standpunkte klarmachen, ist es ihnen wichtig, dass die Bedenken der Bürger ernst genommen werden. Dies spiegelt sich in der Tatsache wider, dass sie Alternativpläne vorlegen möchten, um den Dialog mit den zuständigen Behörden voranzutreiben. Peter Gefeller, der mit rechtlichem Wissen aufwartet, wies darauf hin, dass dieser ungewöhnliche Umgang mit den Gebietskörperschaften möglicherweise rechtliche Schritte nach sich ziehen könnte, sollten sich keine Lösungen anbieten.

Bei all diesen Auseinandersetzungen wird deutlich, dass es nicht nur um die Trasse selbst, sondern auch um die Zukunft der Region geht. Die Befürchtungen, dass die Gebiets- und Siedlungsentwicklung durch die Planung erheblich beeinträchtigt werden könnte, sind ein zentrales Thema, das nicht ignoriert werden kann. Rockenbergs Erster Beigeordneter Berthold Antony warnt, dass die Siedlungsplanung seiner Gemeinde durch die Trasse nahezu unmöglich gemacht wird.

Die Erfahrung zeigt, dass der Widerstand und die gemeinsamen Anstrengungen der Kommunen entscheidend sein können, um Gehör bei den zuständigen Behörden zu finden. Der nächste Schritt in der Entwicklung des Rhein-Main-Links wird entscheidend sein und könnte maßgebliche Konsequenzen für die betroffenen Gemeinden haben.

Der Rhein-Main-Link ist ein zentrales Infrastrukturprojekt, das zur Stärkung der Energieversorgung in der Rhein-Main-Region dient. Geplant wurde die Trasse, um erneuerbare Energien, insbesondere aus Windkraftanlagen in der Nordsee, effizient in die Städte zu transportieren. Diese strategische Verbindung soll die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren und deutsche Klimaziele unterstützen. Dennoch sind die Bedenken der Kommunen verständlich, da die geplante Erdkabelverlegung erhebliche Auswirkungen auf die lokale Umgebung haben könnte.

Die Ängste der betroffenen Anwohner und Kommunen beziehen sich nicht nur auf die unmittelbaren Landschaftsveränderungen, sondern auch auf langfristige Folgen wie die Beeinträchtigung von Landwirtschaft und Trinkwasserversorgung. Anders als in anderen Regionen, wo solche Trassen vielleicht weniger umstritten sind, spielen im Kreis Gießen die Belange der Landwirtschaft eine übergeordnete Rolle. Hier basieren viele Existenzen auf produktiven Böden, und die Sorge ist groß, dass diese durch die Bauarbeiten gefährdet werden.

Auswirkungen auf die Umwelt

Die Erdverlegung der Kabel hat ökologische Implikationen, die akribisch betrachtet werden müssen. Die Verlegung in einer Tiefe von 1,80 Metern erfordert das Entfernen von Vegetation und kann Lebensräume von Flora und Fauna beeinträchtigen. Eine solche Zerstörung ist im Sinne der Nachhaltigkeit nicht akzeptabel, wenn alternative Lösungen wie Freileitungen existieren, die weniger invasiv sind.

Bürgerbeteiligung und Transparenz

Ein zentraler Kritikpunkt der Kommunalpolitiker ist die mangelnde frühzeitige Bürgerbeteiligung beim Planungsprozess. Das Gefühl, dass Entscheidungen ohne ausreichende Einbeziehung der direkten Betroffenen getroffen werden, führt zu Vertrauensverlust in die Projektverantwortlichen. Eine größere Transparenz und Kommunikation seitens Amprion und der Bundesnetzagentur könnten dazu beitragen, den Widerstand zu vermindern.

Kooperation der betroffenen Gemeinden

Die Tatsache, dass sich mehrere Gemeinden zusammengeschlossen haben, ist nicht nur ein Zeichen des Widerstands, sondern auch ein Beispiel für eine erfolgreiche regionale Zusammenarbeit. Die einheitlichen Forderungen und der gemeinsame Aufruf zur Prüfung alternativer Trassenverläufe könnten als Modell für andere Regionen dienen, die mit ähnlichen Infrastrukturprojekten konfrontiert sind.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de